



Mehr Geld für Beamte, Minister und Abgeordnete in Sicht

AP - 7.5.2008

Berlin (AP) Das Kabinett hat die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für Beamte beschlossen und damit auch der umstrittenen Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete den Weg bereitet. Die Gehälter der Kanzlerin, der Minister und der Staatssekretäre sollen nach mehreren Nullrunden ebenfalls steigen. Regierungssprecher Ulrich Wilhelm wies am Mittwoch darauf hin, dass die Regierungsmitglieder mehrere Nullrunden und Kürzungen hinter sich haben. Die Besoldungserhöhung für Beamte nannte er sachgerecht, weil auch sie damit an der Entwicklung teilhätten. Die Staatsdiener bekommen rückwirkend zum 1. Januar zunächst 50 Euro und anschließend 3,1 Prozent mehr Geld. Zum 1. Januar 2009 folgen weitere 2,8 Prozent mehr sowie eine Einmalzahlung von 225 Euro.

Die Mitglieder der Bundesregierung werden Wilhelm zufolge in die lineare Erhöhung einbezogen, erhalten aber nicht die Einmalzahlungen. Die Kanzlerin hatte nach Angaben des Bundes der Steuerzahler im vergangenen Jahr Anspruch auf 15.833 Euro monatlich; ein Minister (verheiratet, ohne Kinder) hatte 12.860 Euro zu erwarten. Wilhelm wies darauf hin, dass die Bezüge der Regierungsmitglieder zuletzt vor sechs Jahren erhöht wurden. 2003/04 hätten sie aufgrund der wirtschaftlichen Lage auf Erhöhungen verzichtet; 2004 bis 2006 seien sie von Kürzungen etwa des Weihnachtsgeldes mit betroffen gewesen. Seit den 90er Jahren summieren sich die Einschnitte zu einer Kürzung um 16 Prozent.

Für die Übernahme des Abschlusses hat das Innenministerium einen «Gesetzentwurf über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund 2008/2009» als Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen erarbeitet. Über das Gesetz muss der Bundestag abstimmen. Da sich die Abgeordnetenbezüge an denen der Bundesrichter orientieren, erhöhen sich dann auch die Diäten - allerdings zeitversetzt um ein Jahr und ohne die Einmalzahlung für Beamte.

Erst Anfang des Jahres waren die Diäten um 330 Euro auf derzeit 7.339 Euro angehoben worden. Insgesamt bekommen die Parlamentarier damit bis 2010 gut 16 Prozent mehr Geld. Die Fraktionen von Union und SPD hatten der Diätenerhöhung am Dienstag trotz Kritik auch in den eigenen Reihen mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Die Opposition ist strikt dagegen.

Zwtl: Kritik auch bei SPD und CSU

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann verteidigte die Diätenerhöhung als logische Konsequenz der Gesetzesreform vom vergangenen Jahr mit der Ausrichtung an den Richterbezügen. Das jetzige System sei transparent und nicht willkürlich. Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz und die Abgeordnete Gabriele Hiller-Ohm kündigten dagegen auf dem Internetportal abgeordnetenwatch.de an, der Diätenerhöhung nicht zuzustimmen.

Auch die CSU-Seniorenunion lehnte eine Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete entschieden ab. «Das ist schamlos», kritisierte ihr Vorsitzender Konrad Weckerle in München und forderte die CSU-Abgeordneten auf, eine Erhöhung ihrer Bezüge abzulehnen.

«Eigentlich dürfte die geplante Diätenerhöhung im Bundestag keine Mehrheit finden», sagte der stellvertretende Linksfraktionsvorsitzende Klaus Ernst an die Adresse von SPD und CSU. Die Linke will die Erhöhung ablehnen, ebenso wie FDP und Grüne. «Sie wird zu Recht als Abkassieren verstanden», sagte Grünen-Vorsitzende Claudia Roth dem «Münchner Merkur».